

Waffenstillstand und Verhandlungen für Frieden

Liebe Anwesende,

herzlichen Dank für die Einladung in diese wichtige Runde, über die ich mich sehr freue!

Das IPPNW-Papier „**Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine**“, das Anlass hierfür gewesen war, wurde von meiner Organisation (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzt*innen in sozialer Verantwortung) vergangenen Herbst herausgegeben und seither 2x aktualisiert (zuletzt am 19.02.23).

Wer genau hinschaut, erkennt schon im Titel einen kleinen(?) Unterschied zur heutigen Themenstellung:

Das Wort „Verhandlungen“ kommt im Titel des IPPNW-Papiers nicht vor.

Auch wenn die Frage nach Verhandlungen im Innern des Papiers dann breiten Raum hat. Warum erwähne ich den Unterschied dann? Der Grund ist:

Mit dem Stichwort „**Verhandlungen**“ sind wir aus meiner Sicht genau beim Kern unserer heutigen Problemstellung.

Denn es ist ein wichtiger Unterschied, ob ich nur einen Waffenstillstand von der anderen Seite fordere, oder ob ich selbst Verhandlungen anbiete. Und:

Ob ich, wenn ich Frieden fordere (was ja alle wollen), damit einen Sieg-Frieden oder einen Kompromiss-Frieden meine.

Breit propagiert wird Frieden durch Sieg auf dem Schlachtfeld. Nicht nur von den sog. „Leitmedien“, sondern bis tief in die soziale Bewegung bzw. in die „Zivilgesellschaft“ hinein (wie das heute, m.E. etwas vernebelnd, gerne genannt wird).

Im Fall des Ukrainekrieges MÜSSE der Frieden sogar erzwungen werden. „Der Aggressor darf auf keinen Fall siegen“, hören wir immer wieder. Waffenstillstand ja – es müsse aber Russland sein, das darum bittet. Wegen der Völkerrechtswidrigkeit seines Einmarsches in die Ukraine. Derartiges dürfe man nicht gewähren lassen – es könne sonst Schule machen.

Was spricht nun gegen Sieg-Frieden?

Selbst für absolute NATO-Versteher gibt es gegen ihn 2 Gründe:

1. Grund: Wer eine Atom-Macht demütigen („ruinieren“) will, riskiert einen Atom-Krieg.

Seine Wahrscheinlichkeit lässt sich weder sicher abschätzen, noch sicher ausschließen.

Das „Leitmedium“ >DIE ZEIT< vom 29.09.22 auf Seite 1 (Untertitel):

„Auf einmal ist der Einsatz von Atombomben eine reale Gefahr“

Und in der gleichen Ausgabe kommt dann der Artikel:

„Wie westliches Militär sich auf Putins Drohung vorbereitet“

Das Atomkriegs-Risiko ausschließen zu wollen, bleibt spekulativ.*

* Zum 100. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkrieges brachte der ehemalige Verteidigungs-Staatssekretär (unter Kanzler Kohl) Willy Wimmer (CDU) – zusammen mit Wolfgang Effenberger – 2014 das Buch heraus: „**Wiederkehr der Hasardeure**“. Die darin geschilderten Parallelen zwischen 1914 und 2014 sind erschreckend. Und es liest sich wie eine geradezu gespenstische Voraussicht dessen, was heute bereits eingetreten ist.

Seither wurde wiederholt öffentlich erklärt, wir dürften uns davon nicht einschüchtern lassen:

Z.B. zeigte das ZDF-Morgenmagazin am 17.10.22, wie NATO und auch die EU offen damit kalkulieren, dass es zu einem Atomkrieg kommen kann.

Der entscheidende Auszug wurde dann nochmals als Video in den ZDF-Bericht vom 31.03.23 eingebettet, bei dem es um das NATO-Luftkriegsmanöver „Air Defender 2023“ geht:

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/air-defender-nato-uebung-auswirkungen-100.html>

Für einen Atomkrieg gibt es 2 mögliche Szenarien:

- sofortiger totaler Atomkrieg – was weniger wahrscheinlich ist.

Denn ihn kann niemand gewinnen. Sicher ausschließen lässt er sich aber nicht:

1. Es sind schnelle Eskalations-Algorithmen programmiert.

2. Menschliche Fehler sind möglich...

- Begrenzter Atomkrieg (= die moderne Variante: Atomkrieg soll führbar werden)

Selbst wenn seine Begrenzung gelänge, würde aber auch er zu einer Verwüstung der Erde als menschlicher Lebensraum führen: durch „nuklearen Winter“ – schon durch die Zündung von 100 der weltweit 13.000 Atomsprengköpfe (siehe IPPNW-Studie „Nuclear Famine“).

<https://www.ippnw.org/wp-content/uploads/2020/07/2013-Nuclear-Famine.pdf>

https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/2022_Nukleare_Hungersnot_final_web.pdf

2. Grund, der gegen das Konzept „Siegfrieden“ spricht – selbst wenn es gelänge, Russland zu ruinieren, ohne dass es zu einem Atomkrieg kommt (wie auch immer das gehen soll):

Für dieses Modell gibt es aus den letzten Jahren mehrere furchtbare Beispiele dauerhafter Destabilisierung großer Länder:

Jugoslawien 1999, Afghanistan 2001 (20 Jahre und auch jetzt kein Ende), Irak 2003 (20 Jahre), Libyen 2011... - mit jeweils nachfolgender chronischer Gewalt, Elend, Flüchtlingsströmen.

Im Falle Russlands: Nuklear-Chaos, -Terrorismus – die Bombe in den Händen von Prigoschin?

Was spricht dann gegen einen Verhandlungs-Frieden?

Dagegen angeführt wird stets das Argument, mit Putin könne man einfach nicht verhandeln.

Dazu möchte ich zunächst Aussagen zwei sehr unterschiedliche Fachleute zitieren:

- „Der Krieg in der Ukraine geht nun in ein zweites Jahr – ohne, dass auch nur der Versuch einer diplomatischen Lösung unternommen wird.“ – **Michael von der Schulenburg**,

vormals deutscher UN-Spitzendiplomat am 18.02.23 in Makroskop und am 06.03.23 in

der EMMA: <https://www.emma.de/artikel/verpflichtung-zum-frieden-340191>

Englische Version: <https://www.emma.de/artikel/obligation-see-peace-340199>

- „Russland will verhandeln!“ (**Harald Kujat**, vormals 4-Sterne-General, Generalinspekteur der Bundeswehr, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, Vorsitzender des Nato-Russland-Rats und der Nato-Ukraine-Kommission der Generalstabschefs am 18.01.23 in >Zeitgeschehen im Fokus<, Schweiz, und am 04.03.23 in der EMMA).

<https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-1-vom-18-januar-2023.html>

Auch ein Blick auf den Weg in den Krieg seit 1990 offenbart, wer tatsächlich keine Verständigung will:

- **1990: Beendigung des Kalten Krieges:** 2+4-Vertrag, Charta von Paris, KSE-Vertrag
NATO-Expansion 0: faktische Einverleibung Ostdeutschlands in die NATO

- 1991: Selbstauflösung des Warschauer Vertrags – die NATO weitet zugleich ihr strategisches Konzept aus
- 1992, 1995: NATO-Kriegführung auf dem Balkan, also „Out of Area“
- 1994, 1997: NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ sowie **NATO-Russland-Grundakte** (Zusage, in Osteuropa keine substantiellen NATO-Truppen dauerhaft zu stationieren)
- **1999: völkerrechtswidriger NATO-Angriffskrieg zerstört Jugoslawien**
- 1999: NATO-Expansion I (Polen, Tschechien und Ungarn)
- **2001: Wladimir Putins „historische Rede“ im Bundestag** – Anknüpfung an Gorbatschows Idee vom „Gemeinsamen Haus Europa“
- **2001: NATO beginnt „War on Terror“** mit Bombardierung + Besetzung Afghanistans – Völkerrecht ist Vorwand, 20 Jahre Krieg, 2021 wird Afgh. verwüstet zurückgelassen
- 2002: Austritt der USA aus dem ABM-Vertrag mit Russland (über Raketenabwehr)
- 2003: völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen den Irak durch US-geführte Koalition – mit betrügerischer Begründung > ~1 Million Todesopfer und Verwüstung des Landes
- 2003 Beginn der „Farb-Revolutionen“: Sturz pro-russischer Regierungen in Georgien (2003), Ukraine (2004) und Kirgisien (2005), jew. mit westlicher Unterstützung
- 2004: A-KSE-Vertrag: von Russland ratifiziert, von NATO-Staaten nicht (auf US-Druck)
- 2004: NATO-Expansion II (Bulgarien, balt. Staten, Rumänien, Slowakei, Slowenien)
- 2007: Putin kritisiert bei Münchener SiKo westliche Expansionspolitik scharf
- **2008 NATO-Gipfel Bukarest:** Ukraine und Georgien sollen Mitglieder werden
2008 Anerkennung des Kosovo (durch NATO-Krieg von Jugoslawien abgespalten)
- 2009 NATO-Erweiterung III: Kroatien und Albanien
- 2010: Beschluss von NATO-Raketenabwehrsystem – verletzt laut Russland INF-Vertrag
- 2011: NATO-Angriffskrieg gegen Libyen (letztlich völkerrechtswidrig)
- **2014 Ukraine: Maidan-Umsturz brachte mit westlicher Hilfe pro-NATO-Ministerpräsident Jazenjuk an die Macht >> Spaltung und Krieg in der Ukraine**
- 2017: NATO-Erweiterung IV (Montenegro)
- 2018: Ukraine wird offizieller NATO-Beitrittskandidat
- 2019: Ukraine verankert NATO-Beitritt in Verfassung
- 2020: NATO-Erweiterung V (Mazedonien)
- **2021: Aktivierung „Multi Domain Task Force“ und 56. US-Artilleriekommando in D.** Stationierungsbeschl. US-Raketen in Osteuropa und „Dark Eagle“-Hyperschallwaffen
- 2021: Ukrainische Militärdoktrin für Integration in die NATO-Strukturen tritt in Kraft; Selenskyj erlässt „Dekret 117“ zur Rückeroberung von Krim und Donbas – unter Verstoß gegen das Minsker Abkommen
- **2021, Dez.: Vertragsentwürfe Russlands zu seinen Sicherheitsbelangen gehen nach Washington und Brüssel (17.12.2021)**
Schon zuvor veröffentlicht Prof. J. Varwick Appell: „Raus aus der Eskalationsspirale“
- **2022, 2. Februar:** US- u. NATO-Ablehnungsschreiben auf die russ. Vertragsvorschläge
- Ab 16.Februar laut OSZE massive ukrainische Angriffe auf die Donbas-Republiken
- 17. Februar: russische Warnung nach US- und NATO-Ablehnungsschreiben
- 18.-20. Februar München: SiKo mit Selenskyj und ohne Putin (da ausgeladen)
- 21. Februar: Anerkennung der Donbas-Republiken durch Russland
- **2022, 24.Februar: Einmarsch Russlands in die Ukraine**

Grundlage für diese Tabelle u.a.:

www.antikriegsforum-heidelberg.de/russland/zeittafel_ukraine_krieg_weg_in_eskalation.pdf

Zu ergänzen ist, was wir heute über den **Minsk-Prozess** wissen: Dass er zur Täuschung Russlands gedacht war – um Zeit für Bewaffnung und NATO-Anschluss der Ukraine zu gewinnen – aus dem Mund einer Haupt-Protagonistin: Angela Merkel (die ZEIT, 7.12.22). Ich persönlich würde das Ganze letztlich als „**AGGRESSION NEUEN TYP**“ bezeichnen.

Nicht rechtfertigen, aber verstehen:

Russlands „rote Linie“ lag immer in der Ukraine (auch laut westlichen ExpertInnen), mit seiner Schwarzmeerflotten-Basis auf der Krim.

Und „Dark Eagle“ in der Ukraine bezeichnet Putin als „Messer am Hals Russlands“.

Wo liegen nun die Hindernisse gegen Verhandlungen?**Wo müssen wir ansetzen?****Wichtige Deeskalations- und Verhandlungsinitiativen, die schon unternommen wurden:**

- 2021, Dez.: Appell „Raus aus der Eskalationsspirale – für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland (5.12.2021)“ – Prof. Joh. Varwick (Univ. Halle-Wittenberg, ehem. Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik) et al.
www.johannes-varwick.de/rauf/AUFRUF_Raus-aus-der-Eskalationsspirale_05122021-3.pdf
- 2021, Dez.: Übersendung russischer Vertragsentwürfe an USA und NATO am 17.12.21 –
https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790803/?lang=en&clear_cache=Y
https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790818/?lang=en
– von Washington und Brüssel mit Schreiben jeweils vom 2.2.2022 abgelehnt
- 2022, Anfang Jan.: General a.D. Harald Kujat formuliert Verhandlungsvorschlag – wird vom Westen ignoriert (siehe sein o.g. Interview).
- 2022, März: Istanbul-Gespräche, laut Naftali Bennett Anfang April kurz vor Abschluss – 9. April: Boris Johnson reist zu Selenskyj und interveniert offenbar dagegen
- 2022, Juni: Internat. Arbeitsgruppe im Vatikan (Prof. Jeffrey Sachs, Michael von der Schulenburg, Oberst a.D. Wolfgang Richter)
- 2023, Jan.: Friedensplan von Henry Kissinger
<https://weltwoche.ch/daily/mein-friedensplan-fuer-die-ukraine-henry-alfred-kissinger-99-amerikas-elder-statesman-sieht-spielraum-fuer-verhandlungen-er-warnt-davor-auf-ein-kriegsgeschwaechtes-russland-zu-hoffen-2>
- 2023, April in „Foreign Affairs“ – Artikel von Richard Haas und Charles Kupchan: „The West Needs a New Strategy in Ukraine – A Plan for Getting From the Battlefield to the Negotiating Table“
- 2023, Mai: Ganzseitige New-York-Times-Anzeige des Eisenhower Media Network (high-level veteran military and national security experts): „The U.S. Should Be a Force for Peace in the World“ <https://eisenhowermedianetwork.org/russia-ukraine-war-peace>

Michael v. d. Schulenburg nennt in seinem o.g. Artikel die folgenden Länder, die für Verhandlungen im Ukraine-Krieg eintreten und zT. selbst die Initiative dazu ergriffen haben:

- Brasilien, Argentinien und Mexiko in Lateinamerika;
- Indien, China und Indonesien in Asien;
- Südafrika, Nigeria und Äthiopien in Afrika;
- Ägypten und Saudi-Arabien im Mittleren Osten.

<https://www.emma.de/artikel/verpflichtung-zum-frieden-340191>

Hinzuzufügen sind noch die stattgehabten konkreten Initiativen aus der Türkei und Israel.

Konzentrieren möchte ich mich heute auf eine Initiative, deren ProtagonistInnen zwar langsam und mit Bedacht agieren, dafür aber erheblichen Einfluss haben: **China**.

„China’s Position on the Political Settlement of the Ukraine Crisis“

https://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html

Ist kein fertiger Friedensplan, sondern erst einmal ein Positionspapier (in 12 Punkten). Dessen Umsetzung auch von Russland viel verlangen würde. Was wegen des großen chinesischen Einflusses auf Russland aber durchaus machbar wäre. Hier eine Übersicht:

1. Respektierung des **Völkerrechts und der UN-Charta**
2. Abkehr vom Kalten Krieg – **Sicherheit nicht durch Ausweitung von Militärblöcken**, Wahrung der Sicherheitsinteressen aller Länder
3. Die Krise **nicht eskalieren**, sondern Dialog und Waffenstillstand anstreben
4. Wiederaufnahme der **Friedensgespräche** – China wird dies unterstützen
5. Die **humanitäre Krise** beilegen – humanitäre Fragen nicht politisieren!
6. Schutz von Zivilist*innen und Kriegsgefangenen – **Achtung des humanitären Völkerrechts**
7. Die **Sicherheit von Kernkraftwerken** wahren
8. **Atomwaffen dürfen nicht eingesetzt und Atomkriege dürfen nicht geführt werden!**
9. Erleichterung der **Getreideexporte** – Kooperation für globale Ernährungssicherheit
10. Beendigung einseitiger, vom UN-Sicherheitsrat nicht genehmigter **Sanktionen**
11. Aufrechterhaltung der **Industrie- und Lieferketten**
12. Förderung des **Wiederaufbaus**

Schon vor einiger Zeit hatte China eine Friedens- und Vermittlungsinitiative im „Mittleren Osten“ ergriffen – zwischen den Erzfeinden Saudi-Arabien und Iran. Und konnte damit dieses Jahr offenbar einen gordischen Knoten durchschlagen, der über Jahrzehnte als unlösbar gegolten hatte: Durch Handschlag zwischen den Kontrahenten – in Peking.

Die jetzigen „12 Punkte“ könnten wir als IPPNW sämtlich unterschreiben!

Peking hat nun einen Sondergesandten in die Ukraine geschickt – der nach langem Telefonat zwischen Xi Jinping und Wolodymyr Selenskyj dort willkommen ist – unter demonstrativem Zähneknirschen des Westens, der die Initiative diffamiert, statt sie zu unterstützen...

6 Thesen meinerseits:**Was ist für einen Friedensprozess und für unser eigenes Handeln elementar wichtig?**

1. VERHANDLUNGEN, die diesen Namen verdienen, erfordern ZUGESTÄNDNISSE. Von beiden Seiten.
Die Festlegung von Details ist dabei NICHT unsere Sache. Sondern das Prinzip!
2. Grundregel: KEINE VORBEDINGUNGEN.
Wer dies nicht akzeptiert will meist nicht ernsthaft verhandeln.

3. Da es wie gezeigt mehrere erfolgversprechende Ansätze für Verhandlungen gab und gibt, gilt es, die HINDERNISSE zu identifizieren und zu beseitigen!
Sie liegen in erster Linie HIER – nicht bei Putin!
Und WIR haben HIER Einfluss – nicht in Russland!
(Leitsatz in der Medizin: Vor der Therapie brauchen wir eine DIAGNOSE!)
4. Gesellschaftliche BÜNDNISSE mit bürgerlichen Kreisen sind unverzichtbar.
Priorität hat der Effekt unseres Handelns, nicht politisch korrekte Selbstvergewisserung.
Denn die Situation ist:
Wir laufen jetzt tatsächlich Gefahr, in einen neuen – und dann wahrscheinlich den letzten – Weltkrieg zu schlitern. Verhindern lässt sich das nur durch die Entwicklung eines GESELLSCHAFTLICHEN MOMENTS. Anders werden wir den brand-gefährlichen Regierungskurs nicht geändert bekommen.*
5. Mit WEM sollten wir Bündnisse anstreben? Mögliche Beispiele:
 - Alice Schwarzer (Springer-Kolumnistin)
 - Prof. Johannes Varwick (Uni Halle-Wittenberg, NATO-Freund)
 - öffentliches Podium mit Sahra Wagenknecht und Oberst a.D. Wolfgang Richter (BS, 15.06.23)
6. Wie können wir dabei dem Vorwurf der „RECHTSOFFENHEIT“ begegnen?
Ich meine: Wegducken hilft nicht. Wir müssen uns dem stellen. Denn „Rechtsoffenheit“ (extensiv ausgelegt) ist ein TOTSCHLAG-ARGUMENT:
Wenn wir uns Bündnisse auf diese Weise verbieten lassen, werden uns gesellschaftlich wirksame Aktivitäten versperrt.

Dabei müssen wir Sorgfalt walten lassen – aufs Kleingedruckte achten:

Z.B. hörte ich vor der Kundgebung vom 25.02.23 vor dem Brandenburger Tor von FreundInnen aus der Linkspartei, Lafontaine und Wagenknecht hätten die AfD dazu eingeladen – deshalb würden sie nicht hingehen. Jedoch: Leute, die eine Partei gewählt haben, oder die Partei selbst zur Teilnahme einzuladen ist ein großer Unterschied. Richtig ist allerdings, dass der alte Polit-Profi Lafontaine sich von einer „alternativen“ Journalistin (Milena Preradovic: Punkt.Preradovic) aufs Glatteis führen ließ – das (manipulierte) Interview geistert seither durchs Internet (s. Stonor-Saunders-Buch).

Papier: „Warum die Friedensbewegung nicht rechtsoffen ist“ (gibt es auch auf Englisch)
<https://frieden-links.de/2023/04/thesenpapier-friedensbewegung-rechtsoffen>
(Achtung: unglückliche Link-Bezeichnung!)

Bedenken sollten wir dabei freilich, mit wem wir uns da anlegen:

Nach der o.g. Berliner Kundgebung kam in der Washington Post, der FSB habe ein Projekt „Querfront“ in Deutschland(!) gestartet, mit S. Wagenknecht als Zugpferd.

Vgl. die US-Einflussnahme auf die Friedensbewegung im Kalten Krieg in Westeuropa:
- Buch „Wer die Zeche zahlt“ (Frances Stonor Saunders, London 1999 / Siedler 2001)

* Anmerkung:

Die Friedensbewegung und besonders ihr linkes Spektrum sollte sich jetzt m.E. auf wichtige Erfahrungen aus den beiden Weltkriegen besinnen – vielleicht auch auf ein (maßgeblich von sowjetischer Seite initiiertes) Projekts namens NKFD (Nationalkomitee Freies Deutschland) – das den 2. Weltkrieg vermutlich deutlich abgekürzt und viele Menschenleben gerettet hat. Die Erinnerung daran lebt fort – u.a. mit vielen Kulturhäusern, die auch über 30 Jahre nach dem Ende des Realsozialismus den Namen „Erich Weinert“ tragen...

Fazit:**1. Wichtige Friedensinitiativen wie die chinesische sollten wir unterstützen und dürfen ihre Diffamierung nicht zulassen.**

Hauptargument dagegen ist immer wieder, dass China Russland für den Einmarsch in die Ukraine nicht verurteilt habe.

Als Vermittlerin kommt aber nur in Frage, wer nicht schon a priori auf Konfrontation gegangen ist. Zugleich zeigt das 12-Punkte-Papier Chinas eindeutig sein Beharren auf dem Völkerrecht und seine Ablehnung gegen das Drohen mit Atomkrieg.

Die chinesische Initiative verdient daher m.E. nachdrücklichste Unterstützung auch aus der „Zivilgesellschaft“, also durch uns.

2. In Europa müssen wir in einer so brisanten Situation eigene Interessen formulieren.

Gerade mit Blick auf die Gefahr auch eines begrenzten Atomkrieges haben wir hier EIGENE Interessen, die sich von denen der USA unterscheiden.

Und in der Politik geht es nun mal um INTERESSEN – nicht um moralische „Werte“ (die bei der Außenministerin propagandistischen Interessen und Doppelmoral entspringen).

Die Benennung von Interessen ist keine Schande, sondern eine Frage von Ehrlichkeit und Seriosität – die die Propaganda von „werte-basierter Außenpolitik“ vermissen lässt.

3. Auch eine parlamentarische Kraft, die eindeutig für Frieden eintritt, ist in der heutigen Situation unverzichtbar (vgl. die Situation im Reichstag vor dem 1. Weltkrieg). Eine Partei, die das nicht erkennt, wird ihrer historischen Verantwortung als Linke nicht gerecht. Und auch die Friedensbewegung hat hier HISTORISCHE Verantwortung, dieses Problem zu lösen.

Natürlich habe ich dafür hier und heute kein fertiges Rezept.

Will als Arzt für die Verhütung des Atomkrieges aber zumindest eine Diagnose stellen.

Ich bedanke mich für Ihre / Eure Aufmerksamkeit!

Christoph Krämer

IPPNW-Deutschland, AK „Süd-Nord“

Nachbemerkung:

Was ich hier dargestellt habe, stützt sich auf Informationen aus IPPNW- und weiteren Quellen. Die Schlussfolgerungen daraus entsprechen nicht in allen Punkten denjenigen des aktuellen Vorstands von IPPNW-Deutschland (dessen Sicht sich am besten der Website entnehmen lässt: www.ippnw.de). Übereinstimmung besteht jedoch darin, dass die Gefahr eines Atomkrieges seit über einem Jahr erheblich gestiegen ist und dass zu dessen Abwendung vorrangig diplomatische Anstrengungen erforderlich sind.

Meine persönliche Sicht auf die Situation korrespondiert mit den Analysen des friedenspolit. Arbeitskreises von IPPNW-Deutschland, des AK „Süd-Nord“ (der schon seit Mitte 2021 die wachsenden Spannungen im Ost-West-Verhältnis mit auf seine Agenda genommen hatte).

Ergänzend zu diesem Skript gibt es eine Zusammenstellung von Links zum Thema, die noch etwas über die hier aufgeführten Links hinausgeht.